

Ortsumfahrung: Beim Standard flexibel

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett sieht in Schorndorfer Überlegungen ein Gesprächsangebot an die Gemeinde Rudersberg

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
HANS PÖSCHKO

Schorndorf/Winterbach.

Ob sich die gegenläufigen Interessen von Schorndorf und Rudersberg bezüglich einer Miedelsbacher Ortsumfahrung versöhnen lassen, weiß Staatssekretärin Dr. Gisela Splett nicht. Einen Ansatz zum Dialog aber sieht sie in der Schorndorfer Bereitschaft, bei der Umfahrung nicht zwingend auf einer Breite von acht Metern zu bestehen.

Grüne sind dagegen

■ In seiner letzten Sitzung hat der Ortsverband der Grünen **Position gegen die Umfahrung Miedelsbach** bezogen.

■ Die Grünen sind einer Pressemitteilung zufolge auch deshalb über die vorrangige Einstufung der Ortsumfahrung so erstaunt, weil **die neueren Verkehrsdaten ein anderes Ergebnis hätten erwarten lassen**. „Die Anzahl der Fahrzeuge ist seit Jahren rückläufig, eine Notwendigkeit für so einen erheblichen Eingriff in Natur und Landschaft ist für uns nicht erkennbar. Und wenn eine Entlastung unumgänglich ist, dann ist die Variante über die Hanfwiesenstraße immer noch die verträglichere“, ist Eva Rombach, die Sprecherin des Ortsverbandes, überzeugt.

■ Hinzu komme, dass eine so teure und überdimensionierte Straße sich auch **negativ auf Rudersberg auswirken** würde. Dort verfolge die Gemeinde schon seit Jahren eine moderne Verkehrspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort ausrichte. Diese Anstrengungen würden durch eine Umfahrung, die mehr Verkehr, insbesondere Lkw-Transitverkehr, ins Wieslaufal ziehen würde, wieder zunichtegemacht.

■ Die Grünen sahen es deshalb für sinnvoll an, wenn sich alle Beteiligten gemeinsam Gedanken darüber machen würden, **wie der Verkehr durchs Wieslaufal weiter reduziert werden könnte**. Einige geeignete Maßnahmen seien in Rudersberg bereits mit Erfolg umgesetzt.

■ Im Hinblick auf das derzeit laufende Anhörungsverfahren erwartet der Ortsverband der Grünen, dass das Verkehrsministerium die Baumaßnahme Miedelsbach unter Berücksichtigung aktueller Verkehrsdaten und ökologischer Kriterien **neu bewertet**.

Dass die SPD-Staatssekretärin im grün geführten Ministerium für Verkehr und Infrastruktur auf Einladung der grünen Landtagsabgeordneten Petra Häffner ins Winterbacher Rathaus gekommen ist, um dort zunächst mit den beiden Pro- und Kontra-Umfahrungs-Bürgerinitiativen aus Miedelsbach und Rudersberg und anschließend mit Kommunalpolitikern aus Schorndorf, Rudersberg und Winterbach über die Priorisierung von Straßenbaumaßnahmen im Raum Schorndorf zu sprechen, hat so nicht allen gefallen. Der FDP-Landtagsabgeordnete Jochen Haußmann, der sich unter Berufung auf eine Aussage von Ministerpräsident Kretschmann beim Vororttermin in Rudersberg eine öffentliche Veranstaltung gewünscht hätte, spricht in einer Presseerklärung von einer „Pseudo-Wahlveranstaltung der grünen Wahlkreisabgeordneten Petra Häffner“. Und der Winterbacher CDU-Gemeinderat Klaus-Dieter Gawatz kritisierte in der Pressekonferenz im Anschluss an die nichtöffentlichen Gespräche mit der Staatssekretärin, dass nicht auch die Landtagsabgeordneten der anderen Parteien geladen worden waren.

Inhaltlich, so Petra Häffner, sei es in den Gesprächen darum gegangen, Stimmungen aufzunehmen und ein Gespür dafür zu entwickeln, dass die einzelnen Straßenbaumaßnahmen nicht nur isoliert betrachtet werden können, sondern immer auch Auswirkungen auf andere Kommunen hätten. Was im Fall der Ortsumfahrung Miedelsbach dazu geführt habe, dass die Diskussionen auch mal „hitzig, aber nicht sehr hitzig“ geworden seien. Als „konstruktiv und sachlich“ hat die Gespräche Dr. Gisela Splett empfunden, die deutlich machte, dass hinter der Bewertung und Einstufung der einzelnen Straßenbauprojekte kein Konzept in Richtung auf regionale Verbindungen stehe. „Miedelsbach ist eine Maßnahme von hoher Dringlichkeit, Winterbach und Allmersbach sind gerade noch reingerutscht“, sagte die Staatssekretärin und erklärte die Berücksichtigung der Winterbacher Westumfahrung, die in Winterbach selber eigentlich schon vergessen war, damit, dass die Umfahrung noch im Generalverkehrsplan enthalten sei und es vonseiten der Gemeinde nie ein offizielles Signal gegeben habe, dass die Straße nicht mehr gewünscht werde.

Wenn doch, dann will Winterbach eine ortsferne Umfahrung

Dass Winterbach in der Liste der Straßen, die von 2015 an vordringlich eine Realisierungschance haben, auftaucht, kommt Bürgermeister Albrecht Ulrich zumindest insofern recht, als er auf Zuschüsse des Landes hofft, wenn sich die Gemeinde im Zuge der Sanierung der Ortsmitte daran macht, die Ortsdurchfahrt zu beruhigen. Er wollte aber bei der Pressekonferenz auch nicht ausschließen, dass der Gemeinderat seinen Beschluss, auf eine Westumfahrung zu verzichten, noch einmal überdenkt. Wobei für Winterbach aber nur eine ortsferne Umfahrung und damit eine ganz andere als die früher einmal geplante infrage käme.

Er sei keinesfalls erstaunt gewesen, dass die Ortsumfahrung Miedelsbach im Maßnahmenplan des Landes weit vorne, auf



Staatssekretärin Dr. Gisela Splett (links) und die Grünen-Abgeordnete Petra Häffner. Bild: Habermann

dem vierten Platz nämlich, gelandet sei, bekundete der Schorndorfer Oberbürgermeister Matthias Klopfer. Diese Einstufung spreche für eine hohe Kosten-Nutzen-Relation der Ortsumfahrung, bei der sich Klopfer aber durchaus vorstellen kann, dass sie nicht, wie bisher geplant, acht, sondern nur 6,50 Meter breit wird. Aus Sicht der Staatssekretärin könnte das Angebot, bei den Ausbaustandards flexibel zu sein, eine „gewisse Annäherung“ an die Nachbarkommune Rudersberg sein, für die Hauptamtsleiter Werner Hinderer deutlich machte, dass die Rudersberg in die Zange nehmenden Ortsumfahrungen Miedelsbach und Allmersbach „äußerst kritisch“ gesehen würden, weil sie im Widerspruch zu den Rudersberger Bemühungen, die Ortsdurch-

fahrt umzugestalten und so den Durchgangsverkehr einzudämmen, stünden. „Wir würden uns ein Umdenken bei der Priorisierung wünschen“, sagte Hinderer, während OB Klopfer die Priorisierung insgesamt als „absolut richtig“ auch in dem Sinne bezeichnete, dass es an der Zeit gewesen sei, dass die Landesregierung sage, „was geht und was vor allem nicht geht“.

Gisela Splett machte deutlich, dass weder die jetzt vorliegende Liste noch eine nach Eingang der offiziellen Stellungnahmen der Kommunen möglicherweise modifizierte Liste mit einem Baubeschluss gleichzusetzen sei. Diese Listen sagten nur aus, dass es Maßnahmen gebe, die dringlicher als andere und die „prinzipiell realisierbar“ seien – frühestens ab 2015.